Februar 2020
Länderbericht
Europabüro Brüssel

Die Quadratur des Kreises – Belgien auf Regierungssuche

Ein Zwischenstand der Regierungsbildung Belgiens

Dr. Hardy Ostry, Frederik Lippe

„J'en ai marre" – „mir reichts" mit diesen Worten kommentierte Paul Magnette, Chef der französischsprachigen Sozialisten (PS), bereits vor einigen Tagen den Stand der Gespräche über eine mögliche Regierungsbildung in Belgien. Die Wahlen vom 26. Mai 2019 liegen inzwischen 278 Tage und damit mehr als neun Monate zurück, und noch immer wurde auf föderaler Ebene keine Mehrheit für eine Regierung gefunden. Nach bereits fünf erfolglosen Versuchen wurden inzwischen die sechsten Beauftragten von König Philippe eingesetzt, um eine Mehrheit für eine Regierung zu finden. Es bleibt nun abzuwarten, ob diese Gespräche zu einem Erfolg führen, oder ob am Ende gar Neuwahlen drohen, deren Ergebnisse eine Regierungsbildung sehr wahrscheinlich noch verkomplizieren würden. In der Zwischenzeit nähert sich Belgien weiter seinem Weltrekord aus dem Jahr 2011, in dem es 541 Tage lang gedauert hat, bis eine neue Föderalregierung gefunden wurde.

Die Wahlen – ein Rückblick

Bei den Wahlen vom 26. Mai 2019 wurden in Belgien neben dem föderalen Parlament die drei Regionalparlamente sowie das Europäische Parlament gewählt. Die neuen Regionalregierungen Walloniens sowie der Region Brüssel-Hauptstadt konstituierten sich aus Sozialisten, Liberalen und Grünen. Die flämische Regierung bildete eine Koalition aus Nationalisten, Christdemokraten und Liberalen. Während die extremen Parteien an beiden Rändern insgesamt deutlich dazugewannen, mussten die traditionellen Parteien starke Verluste hinnehmen. Allgemein kann das Wahlergebnis damit beschrieben werden, dass Flandern stark nach rechts und Wallonien stark nach links gerutscht sind.

Die gesetzgebende Macht Belgiens wird vom Föderalen Parlament gemeinsam mit dem König ausgeübt. Die Kompetenzen des Königs sind jedoch durch die Verfassung stark begrenzt. Das Parlament besteht aus dem Senat (Oberhaus) und der Abgeordnetenkammer (Unterhaus). Die „Kammer", welche zahlreichere und wichtigere Zuständigkeiten besitzt, hat 150 Sitze für die direkt gewählten Volksvertreter. Sie teilt sich in eine niederländische Sprachgruppe (zurzeit 87 Abgeordnete) und eine französische Sprachgruppe (zurzeit 63 Abgeordnete) auf. Der Senat wurde seit der letzten Verfassungsänderung im Jahr 1993 stark verkleinert und besitzt seitdem weitaus weniger Macht. Es ist der Ort der Zusammenkunft der Gemeinschaften und Regionen.

Die größte Fraktion in der Abgeordnetenkammer wird von den flämischen Nationalisten (N-VA) gebildet, obwohl sie starke Verluste hinnehmen mussten. Die

zweitgrößte Gruppe stellen die französischsprachigen Sozialisten (PS), gefolgt von den rechtsextremen Vlaams Belang. Links- und rechtsextreme Parteien kommen zusammen auf rund 20 Prozent der Stimmen. Eine mehrheitsfähige Regierung muss über mindestens 76 der 150 Sitze in der Kammer verfügen. 35 Sitze werden von links- bzw. rechtsextremen Parteien belegt, mit denen alle anderen Parteien die Zusammenarbeit ausschließen. Auch die frankophonen Christdemokraten (CDH) entschieden sich mit ihren fünf Sitzen freiwillig für einen Platz in der Opposition. Es müssen somit nicht 76 von 150 Sitzen gefunden werden, sondern 76 von 115. Eine stabile Mehrheitsfindung erweist sich dadurch als äußerst kompliziert.

Drei mögliche Koalitionen werden seit der Wahl intensiv diskutiert. Zum einen eine „lila-gelbe“ Mehrheit aus Sozialisten und Liberalen beider Landesteile sowie der N-VA, benannt nach der Parteifarbe der N-VA (gelb) und lila - die Mischfarbe aus dem Blau der Liberalen und dem Rot der Sozialisten. Sie kämen zusammen auf 92 Sitze. Die zweite mögliche Koalition war bis zum Rausschmiss eines PS-Abgeordneten die sogenannte „Regenbogen“-Regierung, bestehend aus Sozialisten, Liberalen und Grünen beider Landesteile – jedoch ohne die stärkste Partei Flanderns, die N-VA. Diese Mehrheit, welche aus vielen unterschiedlichen ideologischen Parteien bestanden hätte, wäre lediglich auf 76 von 150 Sitzen gekommen. Würden die flämischen Christdemokraten, die CD&V, sich an dieser Koalition beteiligen, kämen sie zusammen auf eine komfortable Mehrheit von 88 Sitzen. Diese dritte Möglichkeit wird „Vivaldi“-Koalition genannt, benannt nach dem Komponisten der „Vier Jahreszeiten“ in Anspielung auf die vier verschiedenen Parteifarben.

Auf der Suche nach einer Regierung

Der belgische König besitzt zwar nur noch wenig Macht, spielt allerdings nach der belgischen Verfassung als Vermittler bei Regierungsbildungen weiterhin eine wichtige Rolle. Er kann Politiker auffordern, als Informatoren zu wirken bzw. eine Regierung zu bilden.

Das erste Informatorenduo, das vom König mit Sondierungen beauftragt wurde, bestand aus Johan Vande Lanotte von den flämischen Sozialisten (SP.A) sowie Didier Reynders von den frankophonen Liberalen (MR). Sie versuchten vor allem, den Weg für eine lila-gelbe Koalition frei zu machen. Dieses Ziel scheiterte jedoch an den inhaltlichen Unterschieden zwischen den beiden größten Parteien der jeweiligen Landesteile. Die N-VA möchte entweder eine Mitte-Rechts-Regierung mit einem sozio-ökonomischen Programm oder alternativ eine linkere Regierung mit institutionellen Reformen. Die PS steht dagegen für eine Linkspolitik mit sozialen Reformen und spricht sich gegen eine Staatsreform aus. Lanotte und Reynders traten deshalb nach 131 Tagen und fünf Auftragsverlängerungen erfolglos von ihrem Auftrag zurück.

Das zweite Informatorenduo, welches der König ins Feld schickte, bestand aus Rudy Demotte (PS) und Geert Bourgeois (N-VA). Doch auch die beiden Politiker konnten ihre eigenen Parteien nicht einer Einigung näherbringen und gaben ihr Amt nach vier Wochen erfolglos auf. Es bestanden unverändert zu große inhaltliche Unterschiede zwischen den flämischen Nationalistischen und den frankophonen Sozialisten. Auffällig waren hier bereits die verhärteten Fronten, die vermehrt auch in den Medien kommuniziert wurden.

Nachdem fast fünf Monate erfolglos daran gearbeitet worden war, eine Mehrheit für eine lila-gelbe Regierung zu schmieden, beauftragte der König PS-Chef Paul Magnette als alleinigen Informator. Er versuchte erstmals, eine Mehrheit für eine Regenbogen-Regierung zu bilden. Dieses von der PS favorisierte Bündnis, das nur über eine hauchdünne Mehrheit von 76 der 150 Parlamentssitze verfügen

würde, wurde jedoch von den französischsprachigen Liberalen (MR) abgelehnt. Mit einer Beteiligung der CD&V käme dieses Bündnis immerhin auf 88 Sitze in der Kammer (Vivaldi-Koalition). Allerdings wird diese mögliche Mehrheit von der CD&V blockiert, die darauf beharrt, dass die N-VA Teil der Föderalregierung sein soll. Somit scheiterte auch der Versuch Magnettes mit der Suche nach einer Alternative zu einer lila-gelben Regierung.

Mitte Dezember führten Joachim Coens (CD&V) und Georges-Louis Bouchez (MR) als Informatoren die Sondierung im Auftrag des Königs fort. Sie nahmen die Gespräche über eine Mehrheit um die N-VA und PS (lila-gelb) wieder auf, an denen sich die Informatoren vor Paul Magnette zuletzt erfolglos probiert hatten. Obwohl rund 30 Treffen der Parteichefs von N-VA und PS stattfanden, konnte der unverändert bestehende Konflikt zwischen den beiden größten Parteien der jeweiligen Landesteile nicht gelöst und kein Kompromiss erzielt werden.

Der fünfte Versuch, eine Mehrheit für eine Regierung zu finden, fand mithilfe von Vizepremier Koen Geens (CD&V) statt. Doch auch Geens trat frühzeitig und merklich verbittert von seinem Amt zurück, nachdem PS-Chef Magnette kategorisch in den Medien ausschloss, weitere Gespräche mit der N-VA führen zu wollen. Seitdem sind die Liberalen Sabine Laurelle (MR) und Patrick Dewael (Open VLD) im Auftrag des Königs unterwegs, Sondierungsgespräche zu führen. Die beiden Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer sowie des Senats beschäftigen sich nach Magnette erstmals wieder mit der Bildung einer Vivaldi-Regierung. Dagegen spricht sich jedoch nach wie vor CD&V aus, die weiterhin eine Regierungsbeteiligung der N-VA fordert. Die Hartnäckigkeit, mit der CD&V die Einbindung der N-VA fordert, ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass man bereits in Flandern gemeinsam regiert. Gerade deshalb will man N-VA nicht in die lukrative Position bringen, auf nationaler Ebene Opposition spielen zu können, während man auf regionaler Ebene Verantwortung trägt. Bis zum 9. März erwartet der König nun den ersten Bericht der neuen Informatoren mit einem Zwischenstand.

Drohen Neuwahlen?

Das Wahlergebnis vom 26. Mai 2019 hat ein Ergebnis hervorgebracht, das Belgien unregierbar erscheinen lässt. Das Erstarken der extremen Parteien, der Verlust der traditionellen politischen Mitte sowie die Kompromisslosigkeit einzelner politischer Akteure haben das Land in eine Krise gestürzt. Die Fronten innerhalb der drei möglichen Optionen für eine Mehrheit sind bereits seit den Wahlen unverändert. Eine lila-gelbe Regierung wird durch die PS blockiert, die eine Koalition mit der N-VA kategorisch ausschließt. Für eine Regenbogen-Regierung besteht seit dem Rausschmiss eines PS-Abgeordneten keine Mehrheit mehr, und für eine Vivaldi-Regierung fehlt die Zustimmung der CD&V. Nach fünf erfolglosen Versuchen des Königs, durch Informatoren eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden, ist während des aktuell sechsten Versuchs allen Beteiligten klar, dass es so nicht weitergehen kann.

Fraglich ist nun, wie eine Lösung in dieser aussichtslos erscheinenden Lage gefunden werden kann. Sollte keine Partei ihre Blockadehaltung aufgeben und einen Kompromiss für eine Regierungsbildung eingehen, hat König Philippe eigentlich nur noch zwei Optionen: Er kann eine Interimsregierung aus Experten einsetzen. Jedoch würde auch eine Expertenregierung eine Mehrheit im Parlament benötigen.

Die zweite Möglichkeit ist das Ausrufen von Neuwahlen. Dies kann durch die Auflösung der Kammern durch den König geschehen. Alternativ könnten Neuwahlen durch eine Revision der Verfassung erfolgen, was automatisch Neuwahlen zur Folge hätte. Die amtierende Regierung Wilmès und eine Mehrheit in der Kammer

müssten beiden Optionen jedoch zustimmen, was zurzeit nicht absehbar ist. Es sprechen sich zudem fast alle demokratischen Akteure gegen Neuwahlen aus. Lediglich die extremen Parteien, allen voran der rechtsextreme Vlaams Belang, favorisieren ungeniert Neuwahlen, natürlich aus dem Kalkül heraus, daraus Profit schlagen zu können und noch stärker zu werden. In einem neuen Wahlkampf würde es vermutlich noch weniger um Inhalte wie Klima und Renten gehen, sondern um die politischen Parteien und um das politische System an sich. Die voraussichtlichen Ergebnisse eines erneuten Urnengangs in diesem Kontext lassen nicht mehr Stabilität erhoffen, sondern noch mehr Fragilität.

Der König ist sich seiner Verantwortung bewusst und wird Neuwahlen zu vermeiden versuchen. Deshalb ist in den Gesprächen der königlichen Beauftragten viel Verhandlungsgeschick und Kreativität gefragt. Derweil ist fraglich, ob die Blockadehaltung einzelner Parteien bzw. politischer Akteure noch im Willen der Wähler liegt. Der belgische König appellierte deshalb bereits bei seiner Neujahrsansprache im Januar an den Realismus und das Verantwortungsbewusstsein der Politiker und forderte alle Akteure auf, „nach Übereinstimmung zu streben zum Nutzen für das Allgemeinwohl und echte Kompromisse zu schließen, Vereinbarungen also, bei denen jeder auf etwas verzichtet, damit das Ganze dabei am Ende gewinnt“. Die unterschiedliche Sichtweise zwischen König Philippe und PS-Chef Magnette („Mir reichts“) wird an deren Wortwahl sehr schön deutlich.

Die politische Situation in Belgien

Belgien, das de facto zweigeteilt ist, hat seit 1970 bereits sechs Staatsreformen hinter sich und gilt trotzdem noch immer als schwer regierbar. Neben einer kleinen deutschen Minderheit teilt sich das Land im Norden in das wirtschaftlich starke Flandern mit der niederländisch sprechenden Mehrheit und im Süden in das französisch sprechende, wirtschaftlich schwächere Wallonien auf. Das ehemals zentralistische Land besitzt u.a. durch Unabhängigkeitsbestrebungen aus Flandern inzwischen Regionalparlamente mit weitreichenden Kompetenzen. Belgien leidet zudem an einer tiefen inneren Zerrissenheit zwischen den beiden Sprachgebieten. Auch die Parteien agieren infolge der Zersplitterung nicht landesweit, sondern nach Sprachgebieten getrennt. In Flandern wurden in den letzten Jahren eher rechte Parteien gewählt, in Wallonien eher linke Parteien.

Die letzte Föderalregierung bestand aus der N-VA, CD&V sowie MR und Open VLD mit Charles Michel als liberalem Premierminister. Die Regierung zerbrach jedoch im Dezember 2018, da die N-VA den globalen Migrationspakt der UN nicht mittragen wollte. Michel regierte bis zu den Wahlen im Mai 2019 zunächst in einer Minderheitsregierung weiter. Nach den Wahlen führte er das Amt bis zu seiner Wahl zum EU-Ratspräsidenten im Oktober 2019 als geschäftsführender Premierminister fort. Im Anschluss übernahm die bisherige Haushaltsministerin Sophie Wilmès das Amt als geschäftsführende Premierministerin und steht bis heute an der Spitze der Regierung.

Die geschäftsführende Regierung aus Liberalen beider Landesteile sowie der CD&V, welche seit den letzten Wahlen nur noch auf 38 von 150 Sitzen im Parlament kommt, ist in ihren Gestaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Sie kann u.a. keinen Haushalt verabschieden, was gerade in Anbetracht der gravierenden Schuldenlage Belgiens, die bereits von der EU-Kommission angemahnt wurde, besonders besorgniserregend ist. Belgien hat gemessen zum Bruttoinlandsprodukt die vierthöchsten Schulden in der gesamten EU. Es geht also in diesem Drama nicht nur um Posten-Geschacher, sondern um den Staatshaushalt, der eine große Bedeutung für das Land und die Bevölkerung hat.

Länderbericht

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international",
CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecom mons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)